

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Verantwortung für den Wohnungsbau in Bund und Land gerecht werden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

die Anstrengungen für mehr Wohnungsbau deutlich zu erhöhen und sich auf Landes- sowie Bundesebene für konkrete und rasch umsetzbare Maßnahmen und Anreize zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum einzusetzen.

Auf Bundesebene soll sie sich speziell für

- die Wiedereinführung der degressiven Gebäudeabschreibung,
- die Einführung eines Baukindergeldes in Höhe von 2.000 Euro (Dauer: 10 Jahre) noch vor der Bundestagswahl 2017,
- eine umfassende Entrümpelung im Baurecht und sonstiger relevanter Vorschriften,
- die Erhöhung der Bundesmittel für die Wohnraumförderung auf den Stand von 1993,
- und gegen weitere Verschärfungen bei der Energieeinsparverordnung einsetzen.

Auf Landesebene soll

- der Landtagsbeschluss 17/9770 vom Januar 2016 (Bezahlbarer Wohnungsbau: Standards überprüfen) endlich umgesetzt,
- sollen die Kommunen bei der Ausweisung zusätzlichen Baulands und der Schließung von Baulücken unterstützt und
- verstärkt auf Wohnraumschaffung durch Bestandssanierungen im ländlichen Raum hingewirkt werden.

**Begründung:**

Nach wie vor fehlen in Bayern zehntausende Wohnungen in Stadt und Land. Um neuen Wohnraum zu schaffen, müssen umgehend Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene mit folgenden Zielen ergriffen werden:

- Bauland generieren
- Baurecht verschlanken
- Bauen erschwinglich halten
- Privaten (Miet-)Wohnungsbau stärken
- Anreize für Familien und Sozialwohnbau schaffen

In diesem Zusammenhang ist auf den einstimmigen Landtagsbeschluss 17/9770 vom 28.01.2017 hinzuweisen. Darin wurde die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für das Bauen (insbesondere Baurecht, Immissions- und Naturschutzrecht, technische Anforderungen) mit dem Ziel einer Reduzierung überprüft werden, um neue Impulse für den Wohnungsbau zu generieren und Bauen wieder wirtschaftlicher zu machen. Bis auf einen Zwischenbericht vom 28.04.2016 gibt es bezüglich dieser Überprüfung noch keine Ergebnisse.